



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Krisen, Kriege und Katastrophen, es vergeht kaum ein Tag, an dem uns nicht neue Schreckensnachrichten erreichen. Sicher, auch in der Vergangenheit gab es weltweit Katastrophen, aber die/der Einzelne erfuhr nur das, was in seinem näheren oder weiterem Umfeld passierte. Inzwischen hat sich das grundlegend geändert. Nachrichten und Fotos „rasen“ um die Welt, kaum dass sie entstanden sind. In den sozialen Netzwerken werden sie sofort aufgegriffen, millionenfach multipliziert und sekundenschnell weiter verbreitet. Dazu kommen jede Menge Fake-News, die rund um die Uhr von Trollen gezielt erstellt und verbreitet werden, um politisch Einfluss zu nehmen. Um diese Flut an Informationen zu verstehen und richtig einzuordnen braucht es einen klaren Kopf. Wir dürfen uns nicht in Hysterie und Weltuntergangsstimmung verlieren, sondern müssen versuchen, uns selbst ein Bild zu machen. Alles „schlecht zu reden“, führt zu großer Verunsicherung und spielt am Ende nur denen in die Hände, die unsere Demokratie zerstören wollen. Bleiben Sie wachsam!

Das wünscht Ihnen
Ihr SPD - Ortsverein Seefeld.

Themen in dieser Ausgabe:

Die SPD- viel besser als ihr Ruf	S. 1
Das Dilemma der Sozialdemokraten	S. 2
Gastbeitrag von Carmen Wegge, MdB	S. 3
Das 60-Milliarden Loch	S. 4
Der Deutsche, der Bayer grantelt gern	S. 5
Zum Klimawandel	S. 5
Aus dem Gemeinderat	S. 5
Die Polizei klingelt an der Haustür	S. 8
Gerhard Polt einmal anders	S. 8
Für Sie gelesen	S. 9
Kunst in Seefeld	S. 10
Kunst trifft Natur - Streetart in Seefeld	S. 12
Hundert Jahre Montessori“	S. 13
Radentscheid in Bayern sagt Servus	S. 13
Bin ich Antisemit?	S. 13
Warten, bis der Sturm kommt	S. 14
Fachkräftemangel beheben	S. 14
Bauerndemos	S. 15
Straßenbeleuchtung jetzt LED	S. 15
Nachruf auf Eva Leitner	S. 15
Neujahrsempfang der SPD	S. 16
Ankündigungen von	S. 16
Räsonanz und Kulturverein	S. 16
Impressum	S. 16

Die SPD Viel besser als ihr Ruf

von Sean Hodges

- Verbot von Werksverträgen in der Fleischindustrie
- Kohleausstieg
- Einführung Mindestausbildungsvergütung
- Steuersenkung durch Soli-Abschaffung für 90% der Beschäftigten.
- Einführung Grundrente und Rentengarantie bis 2025
- Corona-Hilfspakete und erhöhtes Kurzarbeitergeld
- Klimaschutzgesetz und Milliardenprogramm für Klimaschutz
- Mehr Kindergeld
- Stärkung der Menschenrechte durch das Lieferkettengesetz
- Milliardenpaket für gute Kitas
- Übernahme von 50% der Zusatzbeiträge der Krankenversicherung durch Arbeitgeber (vorher 0%).
- 5 Milliarden Euro für den Wohnungsbau
- Stärkerer Mieterschutz
- Elektronische Krankenakte
- Schaffung von Transparenz bei Nebeneinkünften von Abgeordneten
- E-Rezept
- Aktive Bekämpfung von Steuerhinterziehung/ Steuerbetrug
- Einrichtung des Bürgerrats
- Beginn der Krankenhausreform

SPD-Politik ist „gut für das Land, schlecht für die Partei“, schrieb der Journalist Joachim Riecker (*Deutschlandfunk Kultur*) schon im Jahr 2016. Und er schrieb weiter: „Das Leben ist ungerecht, auch in der Politik. Wäre das Leben gerecht, würde die SPD bei Wahlen und in Meinungsumfragen einen Höhenflug erleben und nicht immer weiter abstürzen. Denn keine andere Partei hat sich in den vergangenen 15 Jahren um das Gemeinwesen so verdient gemacht. Erst hat sie Deutschland mit einer Reihe von Sozial- und Steuerreformen aus der Krise geführt - und anschließend mit der Einführung des Mindestlohns wieder etwas für die soziale Gerechtigkeit getan. Während die Union bei Themen wie Wettbewerbsfähigkeit oder Leistungsgerechtigkeit gerne große Sprüche macht, dann aber meist davor zurückschreckt, den Menschen etwas wegzunehmen, hat die SPD mit der Agenda-Politik immerhin den Mut gehabt, auch mal in Besitzstände einzugreifen. Sicher ist sie hier und da über das Ziel hinausgeschossen. ... Doch ganz falsch kann diese Politik nicht ge-

wesen sein, denn sonst ginge es Deutschland heute nicht so gut, sonst hätte sie ihre Kritiker nicht widerlegt.“ (*Quelle: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/spd-politik-gut-fuer-das-land-schlecht-fuer-die-partei-100.htm>*). Betrachtet man dazu die Änderungen, die ab 1. Januar 2024 in Kraft treten, wie Steuerentlastung für Familien, weiter steigender Mindestlohn, eine höhere Ausbildungsvergütung, mehr Geld für Schulbedarf, Anspruch auf mehr Kinderkrankentage, stabiler Rentenbeitragsatz, Einführung des E-Rezepts, mehr Pflegeleistung und höhere Zuschüsse bei Pflegekosten, Fortführung des Deutschlandtickets, usw, usw, dann gilt Joachim Rieckers Bewertung der SPD uneingeschränkt auch heute, gut sieben Jahre später. Mit dem einzigen Unterschied, dass die Partei in der öffentlichen Wahrnehmung noch mehr Schelte und Missgunst einstecken musste und in den Umfragewerten noch weiter abstürzte. Warum erkennen gerade die Bürgerinnen und Bürger die Leistungen der Partei so wenig an, die am meisten davon profitieren? Es ist nicht zu verstehen!

(Lesen Sie dazu auch den Artikel auf Seite 2)

Das Dilemma der Sozialdemokraten und das Versagen des Konservatismus

von Sean Hodges

Als überzeugten Sozialdemokraten schmerzt mich die massive Kritik an der Ampel-Koalition, die bezüglich der mangelhaften Kommunikation leider berechtigt ist, hauptsächlich aber durch parteipolitisches Getue von Leuten befeuert wird, die nur dann kritisieren, wenn sie nicht an der Macht sind. Sind sie allerdings Regierungspartei, legen sie die Hände in den Schoß und ändern nicht wirklich bestehende Missstände. Dass jetzt massive Kritik an der Regierung Scholz geübt wird, weil sie versucht, die Fehler der jahrzehntelangen konservativen Misswirtschaft zu korrigieren, ist durch nichts zu rechtfertigen.

Ideologie als Wirtschaftspolitik

Mao Zedong wurde einmal gefragt, was er für die Auswirkungen der Französischen Revolution halten würde. Seine berühmte Antwort lautete damals: „Es ist noch zu früh, um das zu sagen“. Demnach müssen auch wir längere Zeiträume der Vergangenheit betrachten, um die Gegenwart verstehen zu können. So gesehen kann man behaupten, dass viele unserer heutigen Probleme ursprünglich durch die Umsetzung der von Milton Friedman vertretenen Ideologie der freien Marktwirtschaft ausgelöst worden sind. In der New York Times vom September 1970 wird er mit den Worten zitiert: „Die soziale Verantwortung der Unternehmen besteht darin, ihre Gewinne zu steigern“. Die mächtigen Konservativen jener Zeit, Ronald Reagan und Margaret Thatcher, ergriffen die Chance, die Ideologie des freien Marktes auf ihre Volkswirtschaften zu übertragen und, gestützt auf Friedmans Theorien, dafür zu plädieren, dass Unternehmen mit möglichst wenig staatlichen Eingriffen und Vorschriften so viel Geld wie möglich verdienen. Die „soziale Verantwortung“ war das Problem der Regierungen, nicht der Unternehmen!

Das Zeitalter des globalen Korporatismus

In allen großen Volkswirtschaften kam es in der Folge zu einer Explosion des Unternehmensreichtums. Weitgehend befreit von Kapitalbeschränkungen und Arbeitsmarktkontrollen konnten sich die Unternehmen frei bewegen und alle Ressourcen nutzen, um ihre Gewinne zu steigern. In Verbindung mit der Öffnung der ehemaligen sowjetischen Märkte, Chinas und verschiedener Entwicklungsländer führte dies zu einem

massiven Wachstum der westlichen Volkswirtschaften, und die konservativen Regierungen von Thatcher, Kohl, Merkel, Reagan, Bush und anderen wurden regelmäßig wiedergewählt. Die Unternehmen forderten flexible Arbeitskräfte und zerstörten damit fast die Gewerkschaftsbewegungen in den USA und in Großbritannien, während sie gleichzeitig immer weniger Steuern zahlten und damit drohten, Mitarbeiter zu entlassen oder in Länder mit niedrigeren Steuern zu ziehen, wenn sie nicht bekämen, was sie wollten. Die Folge dieser Entwicklung war, dass die Gewinne der Firmen zwar in die Höhe schossen, aber ein immer größerer Teil davon woanders hinging. Schon 2017 veröffentlichte die Hans-Böckler-Stiftung Zahlen, die zeigten, dass Vorstände der DAX-Unternehmen im Durchschnitt 97-mal mehr verdienen als ihre Mitarbeiter. Und sie berichtete weiter: „In fast keinem anderen Land in Europa sind Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland. In den meisten Statistiken wird das wahre Ausmaß unterschätzt.“ Die WirtschaftsWoche schrieb 2018, dass Frank Appel, damals Postchef, 232-mal so viel verdiente wie der Durchschnitt seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der durchschnittliche FTSE-Chef verdient das 400-fache. Es ist also noch schlimmer geworden.

Der „FTSE 100 Index“ oder „Financial Times Stock Exchange Index“ ist der wichtigste britische Aktienindex. Die Abkürzung FTSE steht für Financial Times Stock Exchange. Der FTSE 100 zeichnet die zusammengefasste Kursentwicklung der 100 größten und umsatzstärksten Unternehmen an der London Stock Exchange nach. Er bildet damit das Marktsegment der britischen Standardwerte ab und ist der Leitindex für den britischen Aktienmarkt.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/FTSE_100_Index

Die Regierung als Zuschauerin

Unsere konservativen Regierungen sahen in der Vergangenheit zu und taten fast nichts. Sie waren froh, immer wieder von einer Bevölkerung gewählt zu werden, die auf Pump lebte und nicht merkte, dass ihre Reallöhne seit Anfang der 1990er Jahre stetig sanken (siehe Hans-Peter Martin in seinem Buch „Game Over“ von 2018).

Die SPD als schwächerer Regierungspartner versuchte, „soziale Politik“ durchzusetzen und scheiterte häufig, abgesehen von der bemerkenswerten Ausnahme des Mindestlohns. Niemand interessierte sich für soziale Politik, als die Party in vollem Gange war.

Während die Unternehmen und ihre Eigentümer reich wurden, bekam der Durchschnittsdeutsche weniger Geld, zahlte mehr Steuern, musste mit weniger sicheren Arbeitsplätzen zurechtkommen und mehr für seine Wohnung bezahlen. Die Last der „sozialen Verantwortung“, die laut Friedman nichts mit den Unternehmen zu tun hatte, wurde auf die Schultern des durchschnittlichen Arbeiters gelegt. Die Antwort der Konservativen auf die Frage, wie man wettbewerbsfähiger werden kann, war mehr Flexibilität der Arbeitskräfte. Sie hatten keine Lohnerhöhung zu fordern, da dadurch die Unternehmensgewinne geschmälert und die Inflation erhöht würde! Das Credo der Firmen war: „Gebt uns mehr billige Arbeitskräfte und niedrigere Steuern, oder wir werden nach China abwandern!“

Die Krise schlägt zu!

- Post-Covid-Kosten,
- Globale Erwärmung/Öko-Katastrophen,
- der Krieg in der Ukraine,
- Inflation,
- Einwanderung,
- bröckelnde Infrastruktur,
- Personalmangel z.B. in Schulen, Behörden, Pflegeeinrichtungen,
- der Krieg in Israel/Gaza,
- Antieuropäische rechte Regierungen in Europa,
- usw.

Die globale Realität hat uns hart getroffen, und wenn die Party vorbei ist, suchen wir nach jemandem, der uns entweder die Schuld gibt oder uns aus der jahrzehntelangen Misswirtschaft der Vorgängerregierungen heraushilft. Es wird von der SPD erwartet, dass sie die Fehler der letzten 30 Jahre korrigiert und man beschwert sich bitterlich, wenn sie nicht sofort Lösungen anbietet. Große Teile der Bevölkerung erwarten jetzt von dieser Partei, dass umgekehrt alle für das entschädigt werden, was ihnen durch die konservative Politik genommen wurde.

Das Scheitern des Konservatismus

Es wäre falsch zu sagen, dass die konservative Politik per se schlecht ist. Natürlich hat auch sie Platz in unserer Gesellschaft. Aber mit der jahrelangen Hegemonie dieser Politik haben wir nicht nur die verheerende Schwächung der Idee der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland erlebt, sondern auch die Hinwendung

der Bevölkerung zu den politischen Modellen der USA und Großbritanniens und zu den Ideen von Milton Friedman.

Wenn ich die Kritik an unserer derzeitigen Regierung höre, erinnere ich mich daran, was sie in kurzer Zeit geleistet hat, indem sie eine Krise nach der anderen bewältigt oder zumindest abgemildert hat. Hier nur einige Stichpunkte:

- Elternzeit,
- Grundrente/Erhöhung,
- Mindestlohn,
- Bürgergeld,
- Deutschland-Ticket zu 49 €,
- Senkung der MwSt,
- Heizkostenzuschüsse,
- Aufwertung der Bundeswehr,
- Zweitstärkste Nation bei der Unterstützung der Ukraine,
- Sicherung der Energieversorgung im Winter 22/23 und 23/24,
- Deckelung des Strom/Gas und Treibstoffpreises für eine bestimmte Zeit,
- Steuerfreie 3000€ Zahlung durch Arbeitgeber,
- Höherer Grundfreibetrag bei der Rente (10.347 Euro),
- usw.

Wie viele Dinge fallen Ihnen ein, welche die CDU/CSU für Sie getan hat? Zeit und Möglichkeiten dazu hätten sie auf jeden Fall genug gehabt!

Die Zukunft und die fortschrittliche Politik

Peter Frankopan, Professor an der Universität Oxford, umreißt klar die Zukunft des Westens: „Wir leben bereits im asiatischen Jahrhundert und wir erleben eine Rückkehr zu dem, wie die Welt vor dem Aufstieg des Westens aussah.“ (*The New Silk Roads: 2019 Bloomsbury Publishing*).

2017 warnte der damalige Außenminister Sigmar Gabriel auf der Münchner Sicherheitskonferenz vor einer wachsenden Bedrohung durch China: „Wenn es uns zum Beispiel nicht gelingt, eine gemeinsame Strategie gegenüber China zu entwickeln, dann wird es China gelingen, Europa zu spalten.“ Er wurde von der Regierung Merkel ignoriert.

Wir hören regelmäßig von einer „multipolaren Welt“. Für viele Menschen funktionieren die alten Ideen des Kapitalismus der freien Marktwirtschaft und der globalen Expansion nicht nur nicht, sondern sind sogar dabei, die Welt aktiv zu zerstören und massive Wohlstandsungleichgewichte in unseren Gesellschaften zu schaffen.

Es ist nicht die Zeit, die Globalisierung und den Kapitalismus per se abzulehnen und sich in die Isolation

zu begeben (à la Trump, Bolsonaro, Duda, Orban, AfD, Wilders, Milei usw.), sondern den Wandel mit einer progressiven Vision zu bewältigen. Wir können die Entwicklung Chinas und der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) nicht aufhalten. Sie ist bereits im vollen Gange. Ein langsamer wirtschaftlicher und politischer Niedergang

des Westens ist unausweichlich. Der Unterschied liegt darin, wie wir damit umgehen. Die Notwendigkeit einer progressiven Politik ist wichtiger denn je. Diese progressive Politik ist in der SPD verankert. Eine Rückkehr zur konservativen Politik der CDU/CSU, die nichts tut, würde einen weiteren massiven Niedergang bedeuten.

Für die Trennung von Staat und Kirche(n) Ein Gastbeitrag von Carmen Wegge, MdB

Die evangelischen und katholischen Kirchen in Deutschland können sich jedes Jahr über eine kräftige Finanzspritze aus dem Staatshaushalt freuen. Die sogenannten besonderen Staatsleistungen in Höhe von jährlich insgesamt über 600.000.000 Euro sind ein Überbleibsel aus einer längst vergangenen Zeit. Weniger als die Hälfte der Menschen in Deutschland sind noch katholisch oder evangelisch. Nur noch jeder fünfte Deutsche gibt an, gläubig zu sein. 56 Prozent der Deutschen sind mittlerweile säkular. Doch das Ende der Staatsleistungen an die Kirchen ist nicht nur gesellschaftspolitisch richtig, es ist auch in unserer Verfassung verankert.

Der Grund für diese Zahlungen war ursprünglich ein wirtschaftlicher Ausgleich für Enteignungen der Kirchengüter durch den Reichsdeputationshauptschluss, eines der letzten Gesetze des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Doch das ist über 200 Jahre her und kann in meinen Augen als Rechtfertigung für die Staatsleistungen nicht mehr angeführt werden.

Bei den Staatsleistungen sprechen wir im Übrigen nicht über die Einnahmen der Kirchen durch die Kirchensteuer, die auch durch den Staat eingetrieben wird. Darüber erhalten die christlichen Kirchen jährlich etwa 12,7 Milliarden Euro.

Der Staat zahlt zusätzlich zur Kirchensteuer Jahr für Jahr 600 Millionen Euro an Staatsleistungen, für die die Kirchen keinen Verwendungsnachweis erbringen müssen und keiner Kontrolle durch die Rechnungshöfe unterliegen. Eine Teilfinanzierung der kirchlichen

Falls Sie Fragen oder Anregungen zu diesem Thema haben, können Sie sich selbstverständlich immer unter carmen.wegge@bundestag.de an mich wenden.

Würdenträger aus dem allgemeinen Steueraufkommen, zu dem alle Steuerzahler*innen beitragen müssen, auch wenn sie nicht den Kirchen angehören, ist verfassungswidrig und wird nicht mehr von der breiten Bevölkerung der Bundesrepublik getragen.

Die Finanzierung christlicher Kitas, Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser sowie Pflege- und Beratungseinrichtungen erfolgt durch staatliche Zuschüsse und Kostenerstattungen von Trägern der Sozialversicherungen, wie bei anderen Anbietern auch. Die Abschaffung der Staatsleistungen wird also auf die sozialen Leistungen der Kirchen keinen Einfluss haben.

In Artikel 140 unseres Grundgesetzes ist festgehalten, dass die Bestimmungen mehrerer Artikel der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 auch Bestandteil des Grundgesetzes sind. Denn bereits in Artikel 138 der Weimarer Verfassung wurde festgehalten, dass die Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften durch die Landesgesetzgebung abgelöst werden müssen und dies durch ein Grundsatzgesetz des Reiches zu regeln sei.

Seit der Gründung der Bundesrepublik ist der Bund für ein solches Grundsatzgesetz zuständig, das den Rahmen für eine Ablösung der Zahlungen schaffen soll. Bisherige Initiativen zur Erfüllung des verfassungsrechtlichen Ablösegebots blieben jedoch immer ohne Erfolg.

Auch die aktuelle Bundesregierung hat sich dieses Ziel gesetzt und im Koalitionsvertrag festgehalten: „Wir schaffen in einem Grundsatzgesetz im Dialog mit den Ländern und den Kirchen einen fairen Rahmen für die Ablösung der Staatsleistungen.“

Teil dieser Vereinbarung müssen in meinen Augen auch sogenannte indirekte Staatsleistungen sein. Dazu zählen die Steuerprivilegien der Kir-

Herr Friedman, Sie haben sich geirrt! Unternehmen **haben** eine soziale Verantwortung. Sie sind für die Menschen und die Umwelt genauso verantwortlich wie jede*r Einzelne. Das konservative Zeitalter ist gescheitert und ein neues Zeitalter ist angebrochen. **Ein mutmachender Ansatzpunkt für unsere Zukunft!**

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Milton_Friedman

Milton Friedman (1912 - 2006) war ein US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, der fundamentale Arbeiten auf den Gebieten der Makroökonomie, der Mikroökonomie, der Wirtschaftsgeschichte und der Statistik verfasste. Er erhielt 1976 den Nobelpreis für seine Leistungen auf dem Gebiet der Analyse des Konsums, der Geschichte und der Theorie des Geldes und für seine Demonstration der Komplexität der Stabilitätspolitik.



Carmen Wegge, MdB, Foto: Fionn Grosse

chen, die abzuschaffen sind. Ich engagiere mich innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema des Verhältnisses von Staat und Kirche. Auch mir persönlich ist dieses Thema ein besonderes Anliegen und bin ich mittlerweile auch Sprecherin des neuen Arbeitskreises „Säkularität und Humanismus“ beim SPD-Parteivorstand.

Es ist meiner Überzeugung nach für die SPD wichtig einen Arbeitskreis zu haben, der die Konfessionsfreien vertritt. Bisher war das nicht der Fall. Es ist deshalb gut, dass es neben den Arbeitskreisen der Christ*innen, der Muslim*innen und der Jüd*innen nun auch unseren Arbeitskreis gibt. Die Neuregelung von Staatsleistungen für die Kirchen gehört nun gleich zu einem der ersten Arbeitsbereiche des neuen AK. Eine komplette Abschaffung aller staatlichen Leistungen wäre aus unserer Sicht der richtige Schritt, so wie auch im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Die Zahlung einer festen Ablösesumme von elf Milliarden Euro, die zurzeit im Raum steht, sehen wir dabei aber kritisch.

Die politische und finanzielle Dimension des Vorhabens erfordert umfangreiche Vorüberlegungen und

Vorgespräche, u. a. mit Vertreter*innen der betroffenen Länder und Religionsgemeinschaften. Bislang haben bilaterale Vorgespräche mit Vertreter*innen betroffener Religionsgemeinschaften sowie erste multilaterale Orientierungsgespräche mit Länder- und Kirchenvertreter*innen stattgefunden.

Die von Anfang an verfassungsrechtlich zu beendenden Staatsleistungen wurden an die Kirchen mehr als einhundert Jahre weitergezahlt, dynamisiert und ausgeweitet. Es ist deshalb weder vermittelbar noch gerechtfertigt, diesem milliarden schweren einhundertjährigen Geldregen weitere Entschädigungszahlungen folgen zu lassen. Alle vorstellbaren Ausgleichsansprüche sind dadurch bereits abgefolgt. Alles andere wäre unverhältnismäßig. Deshalb sollte bei der Bemessung der Ausgleichszahlungen die Anrechnung der Staatsleistungen seit 1919 zwingend in das Grundsatzgesetz aufgenommen werden.

Carmen Wegge, MdB, vertritt die Landkreise Starnberg, Landsberg am Lech und die Stadt Germering im Deutschen Bundestag.

Das 60 Mrd-Loch muss gestopft werden!

Wir fordern: Steuererhöhungen für die Multimillionäre statt Abbau der Sozialleistungen

von Wolfgang Niemann

Ungleichheit – eine Folge langjähriger CDU/CSU-Politik

Es ist bekannt, dass die Schere zwischen Arm und Reich in den letzten Jahren immer weiter auseinandergegangen ist. Die CDU/CSU Regierung Merkel hat keinerlei Anstrengungen unternommen, dem entgegen zu wirken. Sie hätte beispielsweise eine gesetzliche Regelung erlassen können, die Großunternehmen verpflichtet, ihre Belegschaften durch die Ausgabe z.B. von Gratisaktien an der Vermögensbildung des Unternehmens teilhaben zu lassen oder Unternehmensformen zu fördern, die deren Arbeitnehmer an den Gewinnen beteiligt, z.B. Genossenschaften. Das wäre mehr als gerechtfertigt, denn die Gewinne der Unternehmen sind ja nicht allein dem Kapitaleinsatz zu verdanken, sondern im wesentlichen dem Erfindergeist und Einsatz der Belegschaften. Die von den Arbeitnehmern geschaffenen Produktivitätssteigerungen fließen jetzt nahezu zu 100% den Kapitaleignern zu!

Aufgabe der Medien wäre es eigentlich, eine öffentliche Diskussion zu diesem Thema anzustoßen. Leider beschränken sie sich darauf, den Missstand von Zeit zu Zeit laut zu beklagen! Allerdings ist das verständlich, denn ein Wirtschaftsredakteur, der es wagen würde, darüber eine nachhaltige öffentliche Diskussion in Gang zu setzen, muss damit rechnen, ganz schnell seinen Posten zu verlieren (Schere im Kopf). Daran wird deutlich: Geld ist Macht, und hier wird sie missbraucht.

Wäre die CDU/CSU jetzt an der Regierung, würde die Ungleichheitsschere bald noch weiter auseinanderklaffen, denn deren Ziel ist es, das durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts entstandene Milliardenloch möglichst durch Abbau von Sozialleistungen zu stopfen.

Stopfen des 60-Mrd-Lochs durch



Es braucht viele Euros, um das Loch zu stopfen!

Vermögens- und Erbschaftssteuer mit hohen Steuersätzen für die Multimilliardäre

Umso mehr ist jetzt eine Regierung unter Führung eines Sozialdemokraten in der Pflicht, das Versäumte nachzuholen. Die Möglichkeit dazu bestünde: Eine Wiedereinführung der Vermögensteuer mit – und das ist wichtig – hohen Sätzen für die höchsten Einkommen wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Auch eine Änderung der Erbschaftssteuer in diese Richtung wäre ein wichtiger und richtiger Schritt. Mit beiden Maßnahmen würden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Das Milliardenloch könnte zumindest teilweise damit gestopft werden und die Schere zwischen den hohen und den niedrigen Einkommen würde ein bisschen geschlossen. Und eine soziale Lösung des Migrationsproblems würde leichter fallen.

Die FDP fungiert als Bremser gegen eine soziale Lösung

Leider bedarf es dazu der Zustimmung der FDP, die sich in dieser Angelegenheit als Bremser betätigt. Sie hat Steuererhöhungen schon im Koalitionsvertrag ausgeschlossen. Hinsichtlich der Vermögens- und Erbschaftssteuer ist das eigentlich unverständlich. Oder täusche ich mich und nicht der Mittelstand, das Handwerk, kleine und mittlere Unternehmen sind in erster Linie ihre Klientel, sondern die Eigentümer der multinationalen Konzerne, die reichsten der Reichen, das ganz große Kapital!! In deren Interesse liegt ganz gewiss weder eine solche Vermögenssteuer wie die hier vorgeschlagene noch eine solche Erhöhung der Erbschaftssteuer.

Vertritt die FDP damit wirklich die Interessen ihrer Klientel?

Wenn aber die wesentliche Klientel der FDP der Mittelstand, das Hand-

LOBBYPEDIA schreibt unter anderem zu BlackRock:

Die Firma BlackRock ist der größte Vermögensverwalter und gleichzeitig das einflussreichste Finanzunternehmen der Welt. BlackRock ist bei vielen großen Aktiengesellschaften als Großaktionär vertreten, darunter Bayer, BASF, Allianz und E.ON.[1]

Damit geht ein hoher direkter und indirekter Lobbyeinfluss einher: Allein 2022 gab das Unternehmen nach eigenen Angaben circa 3,5 Millionen Euro für Lobbyarbeit aus.[2] Mitunter bestehen starke Verflechtungen in die Politik, so war etwa der CDU-Politiker Friedrich Merz von 2016 bis Ende März 2020 Aufsichtsratsvorsitzender und Berater der BlackRock Asset Management Deutschland AG.[3]

BlackRock gilt gemeinhin als Schattenbank, da sie nicht den Regelungen traditioneller Banken unterliegt und auch eine statistische Erfassung der Transaktionen weitgehend ausbleibt. Als „too big too fail“-Privatunternehmen kann es in Krisenzeiten auf die Unterstützung von Staaten vertrauen. Darüber hinaus bemängeln Kritiker:innen die undurchsichtige Eigentümerstrukturen und zweifelhafte Investitionsmodelle (etwa in fossile Energien).

Quelle: <https://lobbypedia.de/wiki/Blackrock>

werk, die kleinen und mittleren Unternehmen sind, ist deren Politik unlogisch. Die würden nämlich erheblich davon profitieren! Denn das Geld, das hier den Reichsten genommen würde, und das jetzt in Steueroasen, Kapitalanlagen in Großkonzernen und Finanzspekulationen landet, würde eine Menge Beschäftigung und damit Einkommen im Handwerk und in der Mittelstandswirtschaft schaffen. Unsere jahrzehntelang von CDU/CSU Regierungen vernachlässigte und deshalb marode Infrastruktur (Schulen, Kindergärten, Universitäten, Schienennetz, Ausstattung der Bahn, Brücken und öffentliche Gebäude, etc.) bedarf dringend der Restaurierung und Erneuerung.

Das Streckennetz der Deutschen Bahn ist in einem miserablen Zustand. Für eine erfolgreiche Sanierung fehlen offenbar Milliarden, warnt Sarah Stark vom Verband der Bahnindustrie im August 2023. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/deutsche-bahn-schiennetz-bahnhersteller-sanierung-scheitern-1.6086611?reduced=true>

Natürlich würden damit auch Arbeitsplätze geschaffen und erhalten und so Einkommen und Wohlstand der Arbeitnehmerchaft gefördert. Und nicht zuletzt muss auch bedacht werden, dass mit den Riesenvermögen Macht verbunden ist, die erfahrungsgemäß in politischen Einfluss mündet, der zu gerne für die Interessen dieser Klientel missbraucht wird (s.o.: Manipulation der öffentlichen Meinung).

Warum macht die FDP die Politik der CDU/CSU?

Dass Friedrich Merz, der CDU-Chef und ehemalige und Lobbyist für BlackRock in Deutschland (BlackRock ist der größte Vermögensverwalter der Welt) immer eine Politik für das große Kapital vertreten wird, ist nicht verwunderlich. Das war und ist die generelle CDU/CSU-Linie. Aber von der FDP meine ich, könnte man eine Politik erwarten, die den Wohlstand der Mittelschicht fördert und nicht dazu beiträgt, dass die deutsche Wirtschaft, die vor allem von den mittelständischen Unternehmen geprägt und getragen wird, als Steigbügelhalter für die Interessen der Eigentümer internationaler Konzerne dient. Die gegenwärtige Politik der FDP lässt den Verdacht aufkommen, dass sie geprägt ist von hohen Spendererwartungen aus dieser Quelle. Das scheint jedoch ihren Wählern nicht zu gefallen, die ihr gegenwärtig in Scharen davonlaufen, wie sich bei den letzten Landtagswahlen gezeigt hat. Leider wird auch die SPD als Koalitionspartner in diesen Strudel hineingezogen, denn auch sie wird für die Fehlentscheidungen der Koalition verantwortlich gemacht. Und ein weiteres Auseinanderklaffen der Arm-Reich-Schere zu fördern ist ein großer Fehler!!

Aussagen von Bundesverkehrsminister Volker Wissing zufolge, müssen 4.000 Brücken in Deutschland saniert oder neu gebaut werden. <https://www.deutschlandfunknova.de>

Der Deutsche und auch der Bayer, er grantelt gern! Und das Wort Verringern mag er auch nicht gern

von Elfriede Hinauer



Foto: Ute Dorschner

Der niederbayerische Stammtisch in Form von Herrn SchrEiwanger möchte ja gerne die Demokratie zurückholen zu den sogenannten kleinen Leuten, die vermutlich mehrheitlich in Niederbayern zuhause sind. Weil sie bis spätestens im Jahr 2030 nicht mehr mit Öl oder Gas heizen sollen, wo doch der Klimawandel ganz woanders stattfindet und nicht in der eigenen Heizung. Ja wo kämen wir denn hin, wenn jeder dazutun würde bei der Verringerung von diesem ZEH O ZWEI? Sollen doch die anderen zuerst einmal schauen, in China oder so, dass sie da was machen, oda?

Ja und diese Ampel, grauenhaft, wie die immer streiten!

Aber der mein Mann, der Hinreiner Rudi hat neulich g'sagt, und der sagt nicht oft was, dass die Ampel eigentlich gar nicht so schlecht ist im Ver-

hältnis zu die Vorgänger, also die Merkel, weil die doch jetzt in diesen gaachen Zeiten mit Corona und dem Putin-Krieg in der Ukraine ganz schön viel zammbracht ham. Und Rudi sagt, da zum Beispiel ist es doch gut, dass es einen Mindestlohn gibt, und mein Sohn, der Norbert, sagt, dass er auch die Elternzeit gut findet und dass die Ampel die Bundeswehr wieder auf „Vordermann“ bringt, des finden beide gut. Und dass sie des mit dem Gas letztes Jahr auch gut gemännscht haben. Und dass es für die vielen Frauen, die dahoam bleiben sind und die Kinder großzogen ham und deswegen kaum eine Rente bekommen, jetzt doch eine Grundrente gibt. Und da gaabs noch mehr, sagt mein Mann, der Hinreiner Rudi, und die Leut sollten amal genauer hinschaun, und nicht nur grantln!

Neues aus dem Gemeinderat

von Brigitte Altenberger und Martin Dameris



Der Spielplatz in Unering in Winterruhe. Im Vordergrund die neue Seilbahn. Die Kinder spielen jetzt Eishockey auf dem Uneringer Dorfweiher.

Foto: Ute Dorschner

Trotz Schnee im Dezember 2023 der Klimawandel lässt sich nicht mehr leugnen

von Ute Dorschner



Sehr viel Schnee Anfang Dezember 2023; Foto: Ute Dorschner

Der frühe Wintereinbruch mit sehr viel Schnee Anfang Dezember 2023 darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Klimawandel fortgeschritten ist. Der Deutsche Wetterdienst DWD meldet für den Dezember 2023: „Das Mittel der Lufttemperatur lag im Dezember 2023 mit

3,9 Grad Celsius um 3,1 Grad über dem Wert der international gültigen Referenzperiode 1961 bis 1990 (0,8 °C). Im Vergleich zur aktuellen und wärmeren Vergleichsperiode 1991 bis 2020 (1,8 °C) betrug die Abweichung 2,1 Grad. (Quelle: <https://www.dwd.de/DE/presse>)

Spielplatz Unering

Im Oktober 2023 wurde dem Gemeinderat erneut der Planungsfortschritt des Kinderspielplatzes Unering präsentiert. Im Rahmen dieses sogenannten LiY-Projekts (learn it yourself) war ein detaillierter Plan zur Umsetzung des Umbaus des Spielplatzes mit aktiver Beteiligung der Kinder entwickelt worden. Der Kern des LiY-Projektes ist die Möglichkeit für Kinder und Jugendliche, gemeindliche Räume aktiv mitgestalten zu können. Sie interagieren selbst mit allen notwendigen beteiligten Partnern, wie z. B. einem Landschaftsgärtner*in, dem Bauhof, den zuständigen Ansprechpartnern in der Gemeinde sowie weiteren Beteiligten, um Ihr Konzept umzusetzen und ein Abschlussfest zu planen und durchzuführen.

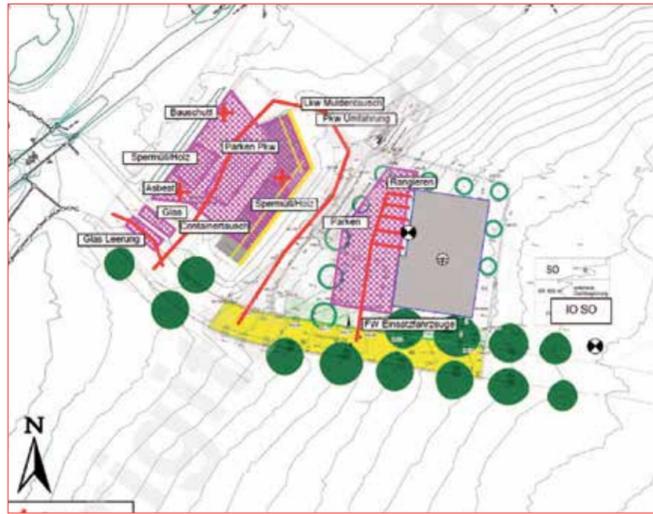
Durch den Bayer. Jugendring, BJR, erfolgt eine Förderung der Honorarkosten sowie eine Teilförderung der Spielplatzelemente. Die auf die Gemeinde Seefeld entfallenden Gesamtkosten für die Umgestaltung

des Spielplatzes in Unering belaufen sich – je nach Ausstattung – deshalb „nur“ auf ca. 11.000 € bis 15.000 € brutto. Das LiY-Team möchte zudem zusätzliche Spenden von ansässigen Firmen sammeln, wodurch sich die Aufwendungen für die Gemeinde noch einmal verringern würden. Im Frühjahr/Sommer 2024 soll das Projekt mit einem Eröffnungsfest gekrönt werden.

Gefühlsmäßig wurden die GR-Sitzungen im vergangenen Halbjahr von diversen Bebauungsplänen dominiert.

Bebauungsplan Spitzstraße

Besonders aufwendig mit Bürgerbeteiligungen und Informationsabenden gestaltete sich die Entwicklung des Bebauungsplans für das Mehrfamilienhaus an der Spitzstraße in Hechendorf. Grundlage für die geplante Bebauung bildet der Siegerentwurf eines Architektenwettbewerbs. Mit der Umsetzung des Vorhabens wurde das SeefeldBau Kommunalunternehmen (SeeKU) beauftragt.



Bebauungsplan BRK-Gebäude an der Ulrich-Haid-Straße

Die eingegangenen Anregungen durch die umfangreiche Bürgerbeteiligung zwischen Herbst 2022 bis Frühjahr 2024 wurden einer intensiven Prüfung durch Architekten, Verwaltung, SeeKU und Gemeinderat unterzogen. In diesem Zusammenhang wurde auch ein alternatives Baukonzept entwickelt, das eine abgewandelte Form des Siegerentwurfs vorsieht. Diese, um ein halbes drittes Geschoss reduzierte Variante gewann trotz der damit verbundenen Mehrkosten, der Verzögerung für die Umplanung und des Verlusts von ein bis zwei Wohneinheiten die Zustimmung der Mehrheit im Gemeinderat - wohl ein Zugeständnis an die massiven Drohungen aus der Nachbarschaft.

Diese zweite Änderung des Bebauungsplanes Spitzstraße wurde dann in der Oktober-Sitzung des Gemeinderats einstimmig „abgehakt“. Parallel dazu wurden und werden die Planungen zu diesem gemeindlichen „Vorzeigeprojekt“ intensiv vorangetrieben. Im Frühjahr 2024 sollen die Erdarbeiten für die Tiefgarage beginnen. Die zwei Gebäudeteile entstehen als Hybride. Die geförderten, fast energie-neutralen Häuser mit PV-Anlage und Solarthermie auf dem Dach werden mit einer Erd-Sole-Wärmepumpen-Anlage beheizt und sollen aufgrund ihrer ökologisch-ökonomischer Qualität und Nachhaltigkeit nach Kriterien der QNG/BNG zertifiziert werden.

Bebauungsplan Wörthseeufer

Weitere Bebauungspläne betrafen

QNG Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude, <https://www.nachhaltigesbauen.de>
Das BNK/BNG-Gütesiegel ist auch ein Nachhaltigkeitsbewertungssystem. <https://bau-irn.com>

die dem Gemeindegebiet zugehörige Wörthsee-Ufer-Bebauung. Der alte Bebauungsplan war rechtlich nicht mehr haltbar und musste deswegen durch zwei neue - einen für den südlichen und einen für den nördlichen Teil - ersetzt werden. Im Wesentlichen wurde hierbei eine aktuelle Bestandsaufnahme gemacht, die eine weitere Verdichtung und Vergrößerung der Bebauung verhindern soll.

Bebauungsplan an der Günterlinger Straße

Kritischer wurde die Planung auf dem weitgehend unbebauten Grundstück zwischen der Günterlinger Straße und der Hochleiten diskutiert. Ein erster Entwurf mit Flachdachbauten wurde verworfen und ein neuer, lockerer Bebauungsplan wurde im November 2023 in Auftrag gegeben. Demnach sollen hier vier Doppelhäuser und drei Mehrfamilienhäuser mit 9 bzw. 21 Zwei- bis Dreizimmerwohnungen und einer Tiefgarage entstehen.

Bebauungsplan zwischen Stampfgasse und Uneringer Straße

Ebenso kontrovers wurde im Gemeinderat die geplante Überbauung eines Grundstücks zwischen Stampfgasse und Uneringer Straße mit mehreren kleineren Mehrfamilienhäusern diskutiert. Man sorgte sich insbesondere über die eventuell nicht ausreichende Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger „von der Wiege bis zur Bahre“. Die Fraktion Bürgerverein beantragte daraufhin eine Untersuchung zur Bevölkerungsentwicklung.

Die Analyse ergab, dass die Gemeinde trotz der geplanten Neubaugebiete (Spitzstraße, Günterling, Stampfgasse, Uneringer Straße) wie bisher auch schon um ca. 50 Neubürger pro Jahr wachsen wird. Demzufolge



Bebauungsplan Günterlinger Straße

solle die vorhandene Infrastruktur eigentlich ausreichend sein. Last but not least passierten weitere kleinere Änderungen von Bebauungsplänen das Gremium, insbesondere für das Gebiet am Oberfeld und für das Areal oberhalb des Wertstoffhofes, wo eine neue BRK-Wache entstehen soll.

Die ökologische Zukunft/ Umwelt der Gemeinde ist nach wie vor ein wichtiges und schwieriges Thema.

Im Umwelt- und Energie-Ausschuss wurden die Regularien für die gemeindlichen Förderungen angepasst. Es sollten einerseits Doppelförderungen (durch Bund oder Land) vermieden werden, aber gleichzeitig lokal Anreize geschaffen werden, um den privaten CO₂ Ausstoß zu verringern.

Hier eine Auswahl aus dem Förderkatalog:

- Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz an Gebäudehüllen,
- Anlagen zur Wärmeerzeugung außer z. B. Biomasseheizungen, Eigenbauanlagen oder der Ersatz von Ölheizungen,
- Maßnahmen zur Heizungsoptimierung
- Neu installierte PV-Anlagen nur inkl. fest verbauter Speichermedien,

Der Arbeitskreis Energie der Lokalen Agenda 21 oder die für die Gemeinde tätigen Energieberater geben interessierten Bürgern Auskunft.

Energienutzungsplan der Gemeinde

Nachdem die Fraktionen SPD und Die Grünen schon im Juli 2022 einen entsprechenden Antrag gestellt hatten, beschloss die Gemeinde Seefeld im Juni 2023 endlich die Erstellung eines Energienutzungsplans und folgte damit dem Grundsatzbe-

schluss des Kreistages, dass bis 2035 die Region möglichst nur noch mit erneuerbaren Energien versorgt werden soll.

Es wurde beschlossen, hierzu einen Lenkungsausschuss zu bilden, der sich kurzfristig zusammenfindet und jeweils das weitere Vorgehen entscheidet.

Die Gemeinde Seefeld gehört seit 2009 zur Klimaregion Fünfseenland und war Antragsteller für das integrierte interkommunale Klimaschutzkonzept. Aufgrund der hohen Bedeutung des Bereiches „Bauen und Wohnen“ - etwa 60 % des gesamten Energieverbrauchs in Seefeld dient der Wärmeversorgung - hat sich der Gemeinderat im Juli entschlossen, einen ökologischen Kriterienkatalog zu entwickeln, der allgemein gültige Kriterien zum ökologischen Bauen im Gemeindegebiet enthält.

Die Gemeinde Seefeld macht hierzu beim Verkauf gemeindlicher, für Bebauung geplante Flächen sowohl Vorschläge als auch Vorgaben. Die Gemeinde Seefeld selbst wendet diesen Katalog bei gemeindlichen Grundstücken (Neubau, Sanierung und Verkauf), grundsätzlich und verbindlich an. Privaten Bauherren und Architekten wird dieser Kriterienkatalog in der Bau- und Energieberatung dringend empfohlen

Wesentliche Ziele des Kriterienkataloges sind:

- mit Rohstoffen und Energie sparsam umzugehen,
- im gesamten Bereich „Bauen und Wohnen“ im laufenden Betrieb sollen keine zusätzlichen Treibhausgase erzeugt werden (z.B. Passivhausstandards),
- die Umweltbelastung soll reduziert werden,
- gesunde Wohnverhältnisse sollen geschaffen werden,



Wohnanlage Spitzstraße;
H2R Architekten und Stadtplaner BDA, Partnerschaftsgesellschaft mbB,
<https://www.h2r-architekten.com>

- günstige Energie- und Lebenszykluskosten sollen erreicht werden,
- usw..

Notstromaggregat am Krankenhaus

Die Baustelle vor dem Krankenhaus in der Ortsmitte wurde im Jahr 2023 zum leidigen Dauerbrenner-Thema. Der Verwaltung wurde im Juni bei einem Ortstermin mitgeteilt, dass das Aggregat in der Größe, verbunden mit den Umbaumaßnahmen, notwendig wurde, weil bei einer Prüfung der bestehenden Notstromversorgung Mängel durch den TÜV Rheinland festgestellt worden waren. Verzögerungen bei der Abwicklung der Maßnahme seien durch eine planabweichende (was auch immer, das heißen soll ...) Ausführung der Firma (waren wohl Schildbürger zugange) im Bereich der Stützmauer und durch die Auffindung eines unterirdischen Bauwerks entstanden, die beide zurück gebaut werden mussten. Mit einer Fertigstellung sei im August 2023 zu rechnen.

Wer das glaubt wird selig.... bis dato, 06.01.2024, existiert die Baustelle immer noch!

Steigende Gebühren für Wasser und Abwasser

Ärgerlich war eine Mitteilung der AWA-Ammersee, dass für Wasser und Abwasser ab 01.01.2024 Gebührenerhöhungen zu erwarten sind. Angeblich, um die Vorgaben der Aufsichtsbehörden hinsichtlich der Kostendeckung einzuhalten, kalkulierte ein unabhängiger Wirtschaftsprüfer die Kosten neu.

Demnach wird Frischwasser von aktuell 1,81 €/m³ auf 2,85 €/m³ (~60%) erhöht und beim Schmutzwasser von aktuell 1,83 €/m³ auf 2,69 €/m³ (~50%). Die Grundgebühren bleiben unverändert. (60 €/Jahr bzw. 24 €/Jahr).

Da die Gebührenerhöhungen bei den einzelnen Gemeinden der AWA Ammersee sehr unterschiedlich aus-

fallen, bat das Gremium darum, eine transparente Berechnungsgrundlage einzuholen, die jedoch bei Redaktionsschluss der PN noch nicht vorliegt.

Parkscheinautomaten am Pilsensee und Wörthsee

Nach Einführung der Parkraumbewirtschaftung an den Seezugängen Pilsensee und Wörthsee durch Automaten im Mai 2023 ist die anfänglich hohe Anzahl der Beschwerden inzwischen deutlich zurückgegangen und die Parkscheinautomaten werden inzwischen akzeptiert. Vom Mai bis Oktober 2023 konnte damit ein unbereinigter Gewinn von 30.213,09 € erwirtschaftet werden. Abzuziehen sind davon Lohnkosten, Versicherung, Wartungskosten etc.

Abgerechnet wird lediglich in der Zeit von 10 bis 18 Uhr. Pro Stunde sind 1 €, maximal pro Tag 6 € fällig. Als positiver Nebeneffekt der Parkscheinautomaten wurde festgestellt, dass die Anwohner nun wieder vermehrt die Stellplätze auf ihren eigenen Grundstücken nutzen, um nicht kostenpflichtig am Straßenrand parken zu müssen.

Antrag des Seniorenbeirats

Der Seniorenbeirat Seefeld stellte in der Dezember-sitzung einen Antrag zur Einrichtung einer Informationsseite der Gemeindeverwaltung im Kreisboten. Die Verwaltung wollte das nicht befürworten, weil:

- die Homepage der Gemeinde laufend aktualisiert wird und landkreisweit die meisten Online-Dienste anbietet,
- der Video-Podcast von Bürgermeister Klaus Kögel sowie die Gemeinde-App inklusive der Push-Nachrichten, die auf jedes Handy geschickt werden können.

Das sah der Gemeinderat jedoch mehrheitlich anders. Nach längerer Diskussion wurde dem Antrag des Seniorenbeirats für eine monatlich erscheinende Informationsseite im Kreisboten Starnberg mit 13 zu 3 Stimmen befürwortet. Allerdings soll dem Gemeinderat nach einem Jahr ein Erfahrungsbericht vorgelegt werden.

Bahnunterführung am Grundberg in Hechendorf

Es gibt auch skurrile Situationen: die DB Netz AG plant die Erneuerung der Bahnüberführung am Grundberg bis 2030. Damit die Gemeinde ein Mitspracherecht bei der Planung hat, ist der Abschluss einer Planungsvereinbarung erforderlich. Diese Vereinbarung regelt allerdings nur die Aufteilung der Kosten für die Planungsphase und verpflichtet die Gemeinde Seefeld noch nicht zur Umsetzung der Planung. Die Planung dient vielmehr als Grundlage zur Entscheidung, ob die Umsetzung erfolgen soll. Soweit so gut... Das Eisenbahnbundesamt (EBA) fordert für alle Straßen eine Durch-

fahrtshöhe von 4,50 m. Wenn das, wie am Grundberg, nicht machbar ist, dann muss die Straße zum „Rad- oder Fußweg“ umgewidmet werden und die Deutsche Bahn stellt dann die Überführung wie im Bestand vorhanden wieder her und ändert nichts. Sollte jedoch der Straßenbaulastträger (= Gemeinde) zu einem späteren Zeitpunkt das Verlangen äußern, die Durchfahrtshöhe/-breite ändern zu wollen, hat er sämtliche Kosten, auch die der Bahn, dafür zu tragen. Und wenn die Umsetzung der geplanten Baumaßnahmen durch die Gemeinde abgelehnt wird, muss sie die dadurch notwendigen Umplanungskosten übernehmen! Da beißt sich doch irgendwie die Katze in den Schwanz!

Bewilligte Zuschüsse und Projekte

Zum Schluss noch Erfreuliches:

- Die Gemeinde hat erneut das Fünfseen-Film-Festival mit 5000 Euro gefördert.
- Die Nachbarschaftshilfe Seefeld wurde mit einem beträchtlichen Betrag unterstützt, um die Differenz von Pflegekosten und deren Erstattung durch die Kassen auszugleichen.
- Der Bauhof erhielt in kurzer Zeit und gerade noch rechtzeitig vor dem frühen Wintereinbruch eine neue Maschinenhalle, die durch das Seefelder Kommunalunternehmen See-KU errichtet worden war.
- Das Schützenheim in Dröbling konnte im Herbst 2023 an die Hack-schnitzel-Heizung der Familie Wagner angeschlossen werden und wird nun umweltfreundlich beheizt.
- Die Arbeiten am Höhenrücken in Hechendorf sind beendet. Im Herbst konnte endlich, nach jahrzehntelanger Planung, die neu gestaltete und mit Trimm-Dich-Geräten versehene Grünfläche für die Allgemeinheit eingeweiht werden!



Vom Höhenrücken aus hat man eine herrliche Aussicht nach Süden. Das Schaf passt auf die Geräte auf.
Fotos: Ute Dorschner

Die Polizei klingelt an der Haustür Ein besonders schwerer Diebstahl

von Brigitte Altenberger

Am einem Montagmorgen Ende Oktober klingelte plötzlich ein Polizeikommissar an meiner Haustür und fragte mich, ob ich „Ich“ sei. Ich bekam einen Schreck und fürchtete irgendeine schlimme Nachricht ... der Beamte sagte dann, dass eine Anzeige gegen mich vorläge ... oh, je denke ich, ... bin ich irgendwo zu schnell unterwegs gewesen und geblitzt worden? ... Nein, ich hätte ein Wahl-Plakat gewaltsam entfernt und sei dabei sogar gefilmt worden. Die Anklage laute deshalb auf „besonders schwerer Diebstahl“. Ich sagte nur: Okay, dazu stehe ich, das habe ich gemacht.

Der Beamte bat mich, baldmöglichst in der Polizeistation Herrsching vorbeizukommen, damit meine Personalien etc. abgeglichen werden können, was ich am Abend des gleichen Tages sofort befolgte. Ich schilderte den „Tathergang“:

Wohl während meines Verwandtenbesuchs in den USA Ende August/Anfang September wurden diese Plakate sehr exponiert und hoch, ausgerechnet am Laternenmast direkt vor meinem Grundstück befestigt. Es gab keine weiteren Plakate an anderen Masten in der Umgebung. Ich empfand das als Frechheit: schließlich sitze ich im Gemeinderat für eine ganz andere Partei und hege keinerlei Sympathie für die AfD. Ich

bin im Dorf nicht ganz unbekannt. Wie wird das unter Umständen von Passanten interpretiert ...

So entschloss ich mich nach ein paar Tagen (ich musste erst eine aus den USA mitgebrachte Covid-Infektion auskurieren), diese Plakate zu entfernen. Noch während ich mit der Gartenschere am Teleskopstiel versuchte, die Kabelbinder durchzuschneiden, kamen schon heftige Protestkommentare von der gegenüberliegenden Straßenseite: „das sei Sachbeschädigung, weswegen ich angezeigt werden könne. Außerdem hätte der Anbringer eine Erlaubnis dazu gehabt“. Ich habe dem widersprochen, in der Annahme der freiwilligen Vereinbarung unter den Gemeindefraktionen, dass lediglich Plakate an den aufgestellten Holzwänden angebracht werden dürften. Leider hat die Gemeinde Seefeld bislang keine Plakatiersatzung und ich habe mich diesbezüglich juristisch geirrt, wie ich nachträglich erfahren musste.

Die heruntergefallenen Plakate verwahrte ich in meiner Garage. Sie wurden jedoch akkurat am Wochenende zuvor – nachdem ja die Landtagswahl schon länger vorbei war – in einer allgemeinen Aufräumaktion von mir zum Wertstoffhof Seefeld gebracht. Ich hatte sie sogar noch



extra säuberlich nach innen gefaltet, damit man nicht erkennt, was darauf gedruckt ist und mir keiner eine Sympathie für diese Partei nachsagen kann.

Der Beamte war sehr freundlich, verzichtete sogar großzügig auf die Abnahme meiner Fingerabdrücke (was mir nach der gerade zuvor erlebten Einreise-Prozedur in den USA mit der Registrierung von sämtlichen Fingern, Gesicht, Augen etc. auch schon egal gewesen wäre ...). Er meinte abschließend, ich müsse mich gedulden; innerhalb der nächsten ein bis drei Monate würde ich dann etwas von der Staatsanwaltschaft München II hören.

Obwohl ich mich nicht schuldig fühlte, war ich doch verunsichert. Soll ich prophylaktisch gleich einen Rechtsanwalt konsultieren, muss ich den Vorfall meiner Rechtsschutzversicherung melden oder soll ich erst einmal abwarten?

Schließlich war ich wegen „besonders schweren Falls des Diebstahls“

angeklagt, weil ich ein Werkzeug benutzte, um das Objekt zu entfernen bzw. mir „anzueignen“. Entsprechend der Recherche im Internet lernte ich: „Der besonders schwere Diebstahl nach § 243 StGB wird mit Freiheitsstrafe geahndet. Der Strafrahmen reicht von einer Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu zehn Jahren, so dass eine Geldstrafe wie bei einem einfachen Diebstahl, beim besonders schweren Fall des Diebstahls nicht mehr im Raum steht.“

Ich habe trotzdem nur abgewartet und nichts weiter unternommen. Mitte November kam dann doch schneller als erwartet die Mitteilung von der Staatsanwaltschaft per Post (ohne Einschreiben o. ä.): „... in dem oben genannten Verfahren habe ich mit Verfügung vom 03.11.2023 folgende Entscheidung getroffen: Das Verfahren wird gemäß § 153 Abs. 1 StPO eingestellt.“

Ende gut, alles gut – aber ich bin mir nicht so sicher, ob ich nicht notfalls zur Wiederholungstäterin werden könnte...

Gerhard Polt einmal ganz anders

Die denkwürdige Matinee in Seefeld am Wahlsonntag

Von Ulrich Leinfelder



von links: Stefan Merkle, Gerhard Polt, Sebastian Schmidinger, Foto Ulrich Leinfelder

Der Kulturverein Resonanz Seefeld hatte zu einer Matinee am Wahlsonntag eingeladen, bei der es um das Thema „Vision oder Utopie“ ging. Sebastian Schmidinger, der die Idee dazu hatte, führte in die Problematik ein: In dem Buch Uwe Timm's „Ikarien“ wird beschrieben, wie die

Träume und Visionen für ein besseres Leben von dem franz. Philosophen Etienne Cabet (1789 – 1856) in seinem Roman „Reise nach Ikarien“ propagiert werden. Eine beträchtliche Anzahl Franzosen sind mit dieser Vision dann Mitte des 19. Jahrhunderts nach Texas ausgewandert



Die Band „Real Book Heroes“ umrahmt die Veranstaltung: Foto Ulrich Leinfelder

und haben dort genossenschaftlich organisierte „Ikarien“ Gemeinden gegründet. Uwe Timm beschreibt nun, wie der Herrschinger Dr. Plötz, Arzt und Eugeniker, der den Begriff Rassenkunde eingeführt hatte, Anfang des 20. Jahrhunderts nach Texas gereist war, um die „Ikarien“ Ge-

meinden zu besuchen. Plötzlich musste feststellen, dass nichts von diesen Visionen in diesen Gemeinden übrig geblieben war. Die Vision von einer gerechten und glücklichen Gesellschaft war also gescheitert. Sebastian Schmidinger zeigte nun an seiner eigenen Geschichte, wie

die Vision, dass es in Europa keinen Krieg mehr geben darf - die ihm wohl von seinem Vater, der Arzt im Krieg gewesen war, „eingepflichtet“ worden war - bis vor kurzen ganz konkret bei uns in Bayern gelebt werden konnte. Der 1945 geborene Sebastian Schmidinger konnte bis vor zwei Jahren behaupten, dass diese Vision seit 75 Jahren fast Wirklichkeit geworden wäre (Ausnahme Kosovo-Krieg 1997-1998), bis ihm plötzlich Putin mit dem Angriff auf die Ukraine den Boden unter den Füßen weggezogen hat.

Ratlosigkeit ist die Folge, er befragt Freunde: Stefan Merkle, Prof. für Latein und Griechisch, und Gerhard Polt, dem nachdenklichsten aller Kabarettisten, wie es denn ist mit der Vision, die plötzlich an der Wirklichkeit zerbröckelt.

Stefan Merkle zeigte, dass es schon immer eine Suche nach einem besseren, gerechteren und glücklicherem Leben gegeben hat und zahlreiche Visionen und Utopien in der Antike nach Verwirklichung gestrebt hatten. Platons „Politeia“ wollte von ihm selbst in Syrakus unter der Herrschaft eines Tyrannen uraufgeführt werden, mit dem Resultat, dass ihn der Tyrann in die Sklaverei verkaufte. Allen diesen Utopien ist gemein - auch in der von Thomas Morus - , dass es keinen Privatbesitz gibt, gleiche Arbeitszeit, Gleichheit von Mann und Frau, gemeinsames Essen! und keine gottgewollte Hierarchie. Man kann auch Marx und Lenin in dieser Reihe sehen und auch Jesus. Und alle sind an der Individualität, der immanen Gier und mangelndem Verständnis für komplexe Vorgänge gescheitert. Interessant der Ausflug Merkles in die Anfänge der bayerischen Verfassung 1946, in die unter Anleitung des Sozialdemokraten Högner viele

Visionen hineingeschrieben wurden: Gleichheit von Mann und Frau, gleiches Entgelt für gleiche Arbeit, Anrecht auf eine Wohnung und Eigentum verpflichtet. Da braucht es noch viel Anschreiben, um aus diesen Visionen nach 77 Jahren eine Wirklichkeit werden zu lassen.

Gerhard Polt fängt ganz woanders von vorne an: Der Heuhupfer, der Heuschreck beeindruckt ihn sehr, weil der einfach hupft, ohne zu wissen, wo er landet. Er hat wohl eine Vision von Sicherheit aus den vorgegangenen Hupfern, aber wirklich weiß er es nicht, er ist also auch „waghalsig“, im Sinne des Wortes, es könnte ja auch eine Spinne auf seinem Landeplatz warten.

Die Gewissheit, die Sicherheit ist es, die zählt, so wie zum Beispiel auch heutzutage die Irrationalität viel sicherer ist (weil sie ausgelebt wird), als ihr Gegenstück, die Rationalität, die zaghafter geworden zu sein scheint denn je.

Der Platon und der Thomas Morus (stellvertretend für alle Utopisten) haben die Nichtmachbarkeit erfunden. Platon auf dem Umweg über seine zeitlich begrenzte Sklaverei, Thomas Morus über seine Starrköpfigkeit, den König als nicht höher-rangig gegenüber der Kirche anzuerkennen, was ihm 1535 den Kopf kostete.

Weil der Utopist, wenn er den Ort kennt, den es nicht gibt, dann ist er dessen sicher, und damit braucht er den Visionär nicht zu fürchten, weil der noch sucht und frohgemut ist, denn ein einziger Schwammerl gibt ihm Anlass zur Gewissheit, dass er dort einen ganzen Schwammerlplatz finden wird. Vorahnung, Neugier umhüllt sein Befinden. Und es gibt ja auch noch die Wunder und den Zauber: Kaninchen im Hut, wo kei-



Die Band „Real Book Heroes“ Foto Ulrich Leinfelder

nes drin war. Und die Fata Morgana, wie alt ist die erste Fata Morgana? Dies alles reißt Wunden in die Rationalität und endet in Mythen oder im Glauben oder im Alkohol. Vision und Utopie, der Mensch kann es sich aussortieren.

Aber um es mit dem Hinreiner Rudi auszudrücken, - der Visionär braucht eine Hoffnung, selbst der Zweifler hat sie bisweilen, der Utopist aber braucht keine! Seine eigene Frau hat selbst erlebt, was es bedeutet einer Utopie nachzulaufen, weil - und gerade weil sie die Vision hatte von einer neuen Küche, die alle ihre Phantasien und Vorstellungen beflügelte, da weiß man, wenn man den Rudi kennt, dass er den Träumen seiner Frau nie zur Realität verhelfen wird. Der Traum aber bleibt, und somit ist die Utopie der Frau Hinreiner auch etwas Wirkliches. Und wenn es stimmt, was dieser berühmte Grieche gesagt hat: „Nichts als vom Schatten des Traumes ist der Mensch“, oder war es umgekehrt? Jedenfalls von einer Wirklichkeit ist da nicht die Rede!!! Oder?

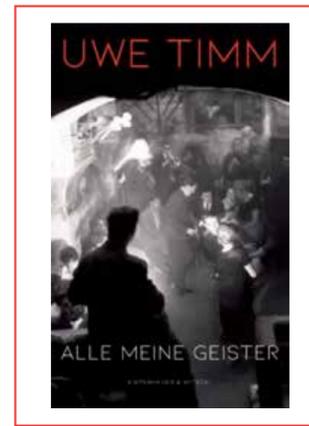
Die Ratlosigkeit des Sebastian Schmidinger ist jetzt nicht viel kleiner geworden, aber die Sicherheit, dass er damit nicht allein ist, die ist enorm gestiegen.

In der anschließenden Diskussion mit der Frage, wie Stefan Merkle und Gerhard Polt jetzt auf die gegenwärtige Situation reagieren - Scheitern der Vision vom einem Europa ohne Krieg - da fällt ganz schnell das Wort vom Dilemma, vom Nichtwissen und der Furcht, das Falsche zu tun. Die Vision bleibt, aber das Herangehen ist tastend geworden. Der Zyniker würde Aktien von Rheinmetall kaufen, der Skeptiker würde abwarten, der Populist würde weitreichende Raketen liefern und der Furchtsame würde am liebsten wegschauen.

Die Veranstaltung wurde von der Band „Real Book Heroes“ umrahmt, was dem Ganzen zu einem warmen Gefühl von Gemeinsamkeit verhalf. Am Schluss begleitete natürlich ein Blues (Mo Better Blues) die Zuschauer nach draußen und nach Hause. In einem Blues gibt es halt nicht nur Traurigkeit, da ist immer auch eine Hoffnung und eine Vision dabei! Ein gelungener Vormittag!

Für Sie gelesen Alle meine Geister

Von Sebastian Schmidinger



Bin ich, weil ich das Glück habe, mit dem Schriftsteller Uwe Timm über viele Jahre befreundet zu sein, vielleicht befangen, wenn ich über das neue Buch von ihm berichte: „Alle meine Geister“? Nein, ich denke, ich kann die Qualität dieses autobiografischen Werkes erkennen und beschreiben, Uwe Timm macht es mir leicht, dieses Werk in die Reihe der außerordentlich guten und wichtigen Bücher zu stellen, die ich bisher von ihm über die Jahre gelesen habe. Man kann in diesem Buch weit in den Uwe Timm hineinschauen, er lässt uns teilnehmen an der „Mannwerdung“ des Jünglings und dann

des jungen Mannes, an seiner großen Schüchternheit, an seiner sehr genauen Art der Betrachtung der Realität um ihn herum und den ihn begleitenden Gefühlen.

Hamburg nach dem Krieg, ein mit der „Gnade der späten Geburt“ behafteter, ein „Davongekommener“, der sich beim Erlernen des Kürschnerhandwerks auf hohem Niveau in einem brodelndem Umfeld langsam von der Familie abnabelt und sich seiner Vision, Schriftsteller zu werden, nähert. Uwe Timm beschreibt genau, welche Menschen, welche Empfindungen ihn dabei begleitet haben und zeichnet dabei das Bild der jungen Bundesrepublik, die - belastet mit dem großen Rucksack der alten Nazis - die Demokratie erlernt. Viele von „allen seiner Geister“ tauchen in seinen späteren Romanen

wieder auf, jetzt in „alle meine Geister“ lernt man die Prägung des Uwe Timm kennen, ihm hilft dabei ein überdimensional gutes Gedächtnis, das ihn kaum im Stich lässt.

Dieses Buch könnte einem jungen Menschen helfen, sich selbst zu vertrauen und das richtige Maß, einen individuellen Weg zu finden zwischen Schüchternheit, ungestümen Drang und der normativen Kraft der Realität.

Es bietet für die älteren Leser und Leserinnen viele AHA-Erlebnisse und zudem das Glück, Uwe Timm und damit sich selbst näher gekommen zu sein. Erfreulich ist es, dass das Buch schon jetzt eine so große Resonanz gefunden hat.

Kiepenheuer und Witsch
ISBN 978-3-462-00549-3

Heute: Barbara von Schoeler

Kunst in Seefeld
Künstlerinnen und Künstler, die in Seefeld leben und arbeiten



„am Steg“ / Öl auf Leinwand / 100x100 cm

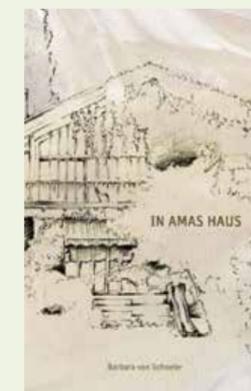


Titelblatt des Gedichtbands „Du liebes Ich, Gedichtbilder“

Heute: Barbara von Schoeler



„Selbstporträt“ / Öl und Kreide auf Leinwand/ 30x30 cm



In Amas Haus
Barbara von Schoeler
Klassiker & Lyrik
Hardcover
48 Seiten
ISBN-13: 9783756817252
Verlag: Books on Demand
Erschienen 2022



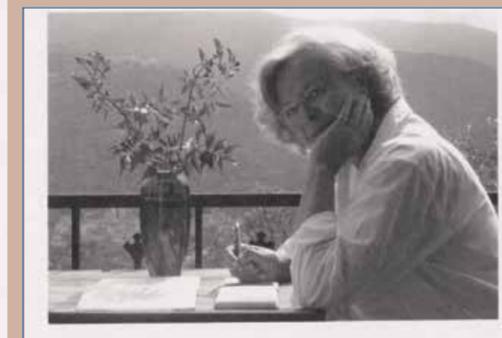
Verdichtung
Barbara von Schoeler
Klassiker & Lyrik
Hardcover
54 Seiten
ISBN-13: 9783754353646
Verlag: Books on Demand
Erschienen.2021

Zwei Buchtitel von Barbara von Schoeler



Ein Gedicht aus dem Gedichtband „Du liebes Ich“ Gedichtbilder“

Barbara v. Schoeler lebt und arbeitet als Malerin und Großmutter in Hechendorf am Pilsensee



Kontakt:
barbara.vonschoeler@gmx.de

Kunst trifft Natur – Ein Streetart-Projekt in Seefeld „Lando“ und junge Nachwuchs-Künstler verschönern die Unterführung Eichenallee

von Ute Dorschner



Fotos:
Ute Dorschner

Ein ungewöhnliches Projekt wurde im Sommer geplant und sollte im November 2023 durchgeführt werden. Die Ortsgruppe des BN und das Jugendhaus Seefeld wollten unter Anleitung des Graffiti-Künstlers „Lando“ (Melander Holzzapfel, <https://www.funky-fresh.de>) die doppelte Unterführung unter der Eichenallee, in Höhe des Technologieparks, mit einem großen Graffiti verschönern. Diese Street-Art-Kunst soll einen Bezug zu bedrohten Arten im Gemeindegebiet haben und wird von der LOKALEN AKTIONSGRUPPE LAG AMMERSEE begleitet und finanziell unterstützt.

Schon Tage vor dem geplanten Termin am 18./19.11.2023 begann Lando mit

den Vorarbeiten. Die Wände mussten gereinigt und grundiert werden, bevor die jungen Künstlerinnen und Künstler mit der Arbeit beginnen konnten. Am Samstag, 18.11.23 wurde bei gutem Wetter mit dem Sprayen begonnen. Natürlich konnte das Werk an diesem Tag nicht vollendet werden. Der nächste Tag begann leider mit so viel Regen, dass das Sprayen nicht möglich war. Gegen Mittag kam dann zwar die Sonne heraus, aber die grundierten Wände waren so nass, dass alle Trocknungsversuche vergeblich waren. Auf nassen Wänden haftet die Farbe nicht. Nun muss besseres Wetter abgewartet werden, damit das Street-Art-Projekt erfolgreich beendet werden kann.

Hundert Jahre Montessori und nicht sehr viel g'scheiter

von Sebastian Schmidinger

Im Juli 1922 trug die Ärztin Maria Montessori am pädagogischen Institut in Berlin ihre Ideen und Erfahrungen zur Schule und zur Pädagogik vor. Sie war damals nicht die einzige, die mit dem bestehenden Schulsystem unzufrieden war, auch der Philosoph Rudolf Steiner hatte ein Konzept erarbeitet (Waldorfschule), bei dem wie bei Frau Montessori das Kindeswohl in einer angstfreien Schule an erster Stelle steht, bei dem die Begabungen der Kinder gefördert werden und die Freude am Lernen unterstützt wird.

In einer Montessorischule werden jeweils drei Jahrgänge in einer Klasse mit maximal 27 Schülern zusammengefasst und von zwei Lehrern unterrichtet und betreut. In Bayern ist diese Schulform nur als Privatschule vorhanden, während sie es in NRW auch als Regelschule gibt. Ziel

der Ausbildung ist das selbstständige Aneignen des Stoffes durch „Freiarbeit“, bei der sich die Schüler und Schülerinnen den Stoff aus den verschiedenen Medien eigenständig erarbeiten. Bis zur 10. Klasse gibt es keine Noten, das bedeutet, dass in Bayern der „Quali“ und die mittlere Reife an einer staatlichen Schule geprüft werden. In aller Regel schneiden die Montessori-Schülerinnen und Schüler dort sehr gut ab und werden wegen ihrer sozialen Kompetenz gelobt.

Warum gibt es diese Schulform bei uns in Bayern nur an Privatschu-

len? Letztlich ist die derzeitige, auf Leistung von klein auf als Auswahlkriterium basierende Schulform immer auch Ausdruck der CSU Politik gewesen, die - die Macht von oben kommend empfindet und eine deutliche soziale Abstufung festhaltend - letztlich aus der Struktur der katholischen Kirche ihre Muster und ihre Beharrlichkeit gezogen hat.

Das Kindeswohl, die Freude am Lernen und gerne in die Schule gehen waren in Bayern nie Gegenstand kulturministerieller Betrachtungen. Da geht es seit mehr als 50 Jahren nur darum, wie man mit möglichst wenig Geld möglichst viel „Leistung“ aus dem System Schule herauspressen kann. Es ist kein Wunder, dass selbst die ehemalige Kultusministerin Monika Hohlmeier (Tochter von Franz Josef Strauß) ihre Kinder in eine Privatschule gegeben hatte.

Wenn man dann das reguläre Schulsystem fast an die Wand fährt, da kommt dann der große Söder, der schon bei der letzten Wahl mehr Lehrer und Lehrerinnen versprochen hatte, und verspricht 6 000 (oder waren es 8 000 ?) zusätzliche Lehrer und Lehrerinnen in dieser Legislaturperiode. Aber an der Struktur werden die CSU und die Freien Wähler nichts ändern, da müsste man ja über den Tellerrand hinausschauen und an dem, was da ist, zweifeln, und 100 Jahre Montessori endlich wahrnehmen.

Sebastian Schmidinger, vier Kinder, davon zwei schulpflichtig, vier schulpflichtige Enkel, ziemlich verzweifelt.

Der „Radentscheid Bayern“ sagt leise Servus

von Angela Pflügler



Radentscheid-Bündnis schiebt die Schnecke CSU an; Photo Radentscheid Bayern

Wie in den letzten Pilsenseenachrichten berichtet wurde, hatte das Begehren zum Volksentscheid trotz über 100.000 Unterschriften keine Chance und wurde mit fadenscheinigen Argumenten gerichtlich abgewehrt.

Die alte und neue Koalition in Bayern hat die Chance verpasst, in ihrem neuen Ko-

alitionsvertrag das Fahrrad als Verkehrsmittel signifikant zu stärken. Nur magere vier Sätze stehen für den Radverkehr und nicht mehr als im letzten Koalitionsvertrag. Dort war wenigstens das Ziel mit 20 % Radverkehrsanteil bis 2025 benannt. Noch nicht einmal das eigene Radgesetz wurde Inhalt, nichts von Verkehrssicherheit oder von Vision Zero (keine Toten im Straßenverkehr). Zum 10. Dezember 2023 wurde das Ein-Euro-Radmitnahmeticket als eigenes Ticket in Bayern eingeführt. Allerdings gibt es mangels ausreichender Kapazitäten so viele Einschränkungen, wo dann doch das Fahrrad nicht mitgenommen werden darf. Ein Schildbürgerstreich. Die Initiatorengruppe für das Volksbegehren „Radentscheid Bayern“ um den ADFC unterstützt von Parteien wie der SPD, Grüne/Bündnis 90, Linke, Volt usw. und Gruppen wie BUND zieht sich nach tausenden von ehrenamtlichen Stunden an dieser Arbeit nunmehr zurück. Während wir in Bayern nur in ganz kleinen Schritten vorankommen sind, kam von der Ampelkoalition endlich

ein Wurf. Die Ampel hat - wie in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart - wichtige Änderungen am Straßenverkehrsgesetz (StVG) beschlossen. Das aktuelle Gesetz geht auf das aus der Kaiserzeit stammende Kraftfahrergesetz zurück und hatte bisher allein die „Leichtigkeit des (motorisierten) Verkehrs“ als Hauptziel. Nun sollen auch Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie städtebauliche Entwicklung berücksichtigt werden. Die Kommunen sollten mehr Rechte erhalten.

Der Bundesrat hat im November den Gesetzentwurf abgelehnt. Die Ablehnung kam überraschend. Berichten zufolge (Spiegel) ging die Kehrtwende der Länderkammer von den unionsgeführten Landesregierungen wie Bayern aus. Begründung: Das Ziel der Sicherheit des Straßenverkehrs dürfe nicht aufgeweicht werden, in dem andere Ziele wie Klimaschutz hinzukommen.

Wir werden sehen, was im Vermittlungsausschuss noch gerettet werden kann. Wenn nicht, müssen wir wieder politischen Druck aufbauen.

Bin ich ein Antisemit?

von Sebastian Schmidinger

Ich bin jetzt 78 Jahre alt und habe die deutsche und europäische Geschichte des letzten Jahrhunderts ausgiebig studiert. Ich weiß also vom Antisemitismus in Europa und speziell in Österreich und Deutschland, die in der Zerstörung unserer ganzen Kultur mit der Vernichtung der europäischen Juden endete. Nachdem Israel gegründet worden war mit der Annektierung palästinensischer Gebiete, war es bei uns in Deutschland klar, dass wir Israel unterstützen, wo wir nur können. Als Israels Ministerpräsident Peres und der Präsident der Palästinenser Arafat den Friedensnobelpreis bekamen, war bei mir die Hoffnung groß, dass mit der Zwei-staatenlösung ein friedlicher Weg für das Israel-Palästina Problem gefunden war. Leider hat sich im Nachgang alles verschlechtert, vor allem seit Benjamin Netanjahu in Koalition mit den ultra-orthodoxen Parteien das Land in eine unaufhörliche Konfrontation mit Palästina geführt hat, UN-Beschlüsse missachtet und jeden Tag Siedler im Westjordanland den Palästinensern Land und Lebensgrundlagen stehlen. Netanjahu wird wohl nach seiner Präsidentschaft, die er wie der Fisch das Wasser wegen der Immunität braucht, wegen zahlreicher Rechtsbrüche und Anklagen (Korruption, etc.) verurteilt werden.

Der entsetzliche Überfall der Hamas

ist nun eine weitere Drehung der Spirale in die falsche Richtung. Mein Mitgefühl gilt den Überfallenen und den Geiseln. Und wieder einmal ist es unsinnig, Gewalttaten gegeneinander aufzurechnen. Derzeit wird von Israels Armee Gaza komplett zerstört, mehr als 1000 Tote, mehr als zwei Millionen Menschen Gazas sind auf der Flucht vor dem Verhungern und dem Tod.

Jetzt haben israelische Minister den Vorschlag gemacht, die Bevölkerung Gazas in den Kongo auszusiedeln! Zur Erinnerung: Die Nazis um Hitler hatten erwogen, alle Juden Europas nach Madagaskar auszusiedeln! Das hatte dann aber nicht funktioniert, weil Madagaskar außerhalb des deutschen Einflusses lag.

Es gibt keine Lösung des Israel-Palästina-Problems durch Krieg und Gewalt. Für mich sitzen die schlimmsten Antisemiten in der israelischen Regierung, weil sie dem israelischen Volk nur geschadet haben und die demokratischen Institutionen ausgehöhlt haben. Die härtesten Kritiker der Netanjahu-Politik sind die Israelis selbst, die im Sommer und Herbst 2023 für die Demokratie auf die Straße gegangen sind.

Wer also Kritik an der israelischen Regierung übt, ist noch lange kein Antisemit. Das Menschenrecht gilt auch für die Palästinenser.

Warten, bis der Sturm kommt Ein großer Baum ist krank, was tun?

von Sebastian Schmidinger



Fotos: Robert Michel

Ein ehemaliger Hechendorfer Bürger wohnt jetzt am Wörthsee am See, sein Grundstück liegt zur Hälfte auf der Inninger Flur, da steht sein Haus drauf. Die andere Hälfte - Wiese mit Garten - durch ein kleines Bacherl getrennt, liegt auf Seefelder Flur, eine große Buche (Durchmesser ca 75 cm) steht am Bacherl auf der Seefelder Seite. Im Sommer vorletzten Jahres stellt ein Baumgutachter fest, dass die Buche krank und von einem

Pilz befallen sei. Er riet dringend zur Entfernung. Der Eigentümer informiert den Herrn Erhard von der unteren Naturschutzbehörde in Starnberg, der fordert einen schriftlichen Antrag (E-Mail) und einen Lageplan an, der postwendend geschickt wird. Nach 14 Tagen Anruf bei der Behörde, die Antwort lautet, das sei doch Sache der Gemeinden, er möge sich an die Inninger Gemeinde wenden. Der Mann schickt per E-Mail den An-

trag und den Lageplan zur Inninger Behörde, wegen Homeoffice dauert dann die Antwort etwas länger, nach drei Wochen kommt die Ansage, dass er sich mit einem Kollegen die Sache anschauen will. Nach einer guten Woche bekommt der Mann die Antwort, dass der Baum ja auf Seefelder Flur stehe und deshalb sei die Seefelder Behörde zuständig. Jetzt dasselbe Spiel mit der Seefelder Behörde: Per E-Mail Antrag, Lageplan ... wegen Homeoffice dauert es etwas länger, Notwendigkeit einer Beratung mit einem Kollegen, nach zwei Wochen dann

die Nachricht, dass in diesem Fall doch die untere Naturschutzbehörde in Starnberg zuständig sei. Anruf bei Herrn Erhard. „Dann muss ich es dann halt doch selber machen“. Anfang Januar kommt per Post die Fällgenehmigung mit der Auflage, die Buche vor Ende Februar oder ab Oktober zu fällen wegen des Vogelschutzes. Mittlerweile ist es Februar, der Mann bekommt so schnell nie-

manden, der den Baum fällen kann, da der von oben herunter geschnitten werden muss. Am 22.6.23 tobt dann ein gewaltiger Sturm. Die innen hohle und kranke Buche hält ihm nicht stand, sie fällt auf das Bootshaus und den öffentlichen Weg. Das im Bootshaus befindliche Boot ist dadurch ebenfalls total beschädigt. Gesamtschaden 70 000.- €. Der Mann meldet diesen Vorgang in der letzten Juniwoche 2023 dem Herrn Erhard in der unteren Naturschutzbehörde. Anfang Dezember bekommt der Mann ein Schreiben der Unteren Naturschutzbehörde mit der Anweisung, bis spätestens 24. Dezember eine Ersatzpflanzung vorzunehmen (sehr sinnvoll, weil man ja Bäume gerne im Winter pflanzt). Der telefonisch vorgebrachte Einwand, dass beim selbstständigen Umfallen eines Baumes keine Ersatzpflanzung stattfinden muss, wird positiv bestätigt. In der Weihnachtswoche dann ein freundliches Schreiben, ob nicht doch eine Ersatzpflanzung möglich wäre, auch wenn sie gesetzlich nicht gefordert werden kann.

Kommentar? Das ist die bayerische Bürokratie. Verwaltungen sind nicht für die Bürgerinnen und Bürger da, sondern Ziel dieser Berufsgruppe ist die risiko- und sorgenfreie Beschäftigung in irgend einem Amt, wo man - wenn möglich - ja keine Verantwortung übernimmt. Hilfe für den Bürger? Fehlanzeige. Ausnahmen bestätigen die Regel.

arbeitet derzeit als Zahnarztshelfer. Jetzt hat er eine bulgarische Staatsbürgerschaft für 1 000.-€ gekauft und kann demnächst als Zahnarzt anfangen, weil Bulgarien in der EU ist und Mazedonien nicht.

Man hat den Eindruck, in den Behörden ist der natürlich diffuse Begriff „für Deutschland“, „für Lösungen gesellschaftlicher Probleme, z.B. Schule“, „für die zügige Bewältigung administrativer Aufgaben (Flughafen Berlin, Münchner Stammstrecke, Hechendorf behindertengerechter Bahnhofszugang, Fachkräfte hereinholen, etc.)“, „für den Bürger dasein“ weitgehend aus dem Blickfeld geraten.

Die vielen Lippenbekenntnisse zu weniger Bürokratie sind vor allem an dem Mittelbau in den Ämtern gescheitert. Erinnern Sie sich noch daran, dass man den ehemaligen Ministerpräsidenten Stoiber nach Brüssel geschickt hat, damit er dort in einem neuen Amt hilft, die Bürokratie zu verringern? Haben Sie je eine Erfolgsmeldung gehört? Gute Nacht, Bavaria.

Fachkräftemangel beheben durch Anwerben „ausländischer Fachkräfte“

So wird das nix: Auch Söder scheitert!

von Sebastian Schmidinger

Vor einem Jahr ist unser Ministerpräsident nach Albanien gereist und hat dort unter anderem um Fachkräfte für die Pflege (Krankenschwestern und Pflegerinnen) geworben. Tatsächlich haben sich 37 ausgebildete Albanerinnen beworben, aber leider warten sie seit einem Jahr auf ein Visum für Deutschland. Das Konsulat in Tirana ist so überlastet, dass derzeit dort im Losverfahren entschieden wird, wessen Antrag bearbeitet wird. Ich bin sicher, dass sich das unser Ministerpräsident so nicht vorgestellt hatte. Es ist eine Schande für unser Deutschland, dass unsere Bürokratie so heruntergekommen ist. Frau Baerbock sollte vielleicht neben ihrer Reisetätigkeit ein Auge auf ihre Konsulate richten und diese Behörden auf Vorderfrau bringen. Ich bin jetzt nicht der Ministerpräsident, aber meine eigenen Erfahrungen

sind sehr ähnlich: Unsere Familie hatte im Bosnienkrieg eine Familie mit zwei Kindern aufgenommen. Die Eltern hatten bald Arbeit, Salatwaschen beim Ruf und Lötten beim Detlef Schneider (TQS), die Kinder gingen in die Schule. Sie mussten nach Beendigung des Krieges sofort wieder nach Bosnien zurück, obwohl sie hier vollkommen integriert waren. Eines der Kinder hat in Sarajewo Maschinenbau (Note 1) studiert und wollte hier ein Praktikum machen, um etwas zu lernen. Maschinenbau ist stecknadelmäßig gesucht, angeblich bekommen ausländische Maschinenbauer sofort einen Platz bei uns. Ich habe fast ein halbes Jahr für sein Visum mit zahllosen Telefonaten im Landratsamt und in einer Münchner Behörde gebraucht und eine Rückflugbürgschaft meinerseits. Visum ist das eine, das

andere ist die Arbeitserlaubnis. Detlef Schneider ist ein hilfreicher Mann und hätte ihn mit 1 000.- € als Praktikanten eingestellt. Das wurde aber untersagt, das wäre „Lohndumping“! Weil Detlef Schneider wirklich ein Menschenfreund ist, hat er ihn gleich zum Anfangsgehalt von 3 500.-€ angestellt. Detlef Schneiders und mein Engagement haben hier geholfen, sonst wäre Asim immer noch in Sarajewo und hier würde seine Tatkraft fehlen. Vielleicht sollte der Ministerpräsident auch mal unkonventionelle Wege gehen.

Zum Beispiel gibt es noch einen anderen Weg: Ein junger sehr begabter Zahnarzt aus Mazedonien mit 1a Staatsexamen und perfekten Deutschkenntnissen wartet seit drei Jahren auf die Bearbeitung und Anerkennung seiner Unterlagen und

Bauerndemos und erst jetzt kein bisschen leise

von Angela Pflügler



Bei der Kartoffellege in Gut Freiham 1926, Foto aus dem privaten Fotoalbum von Angela Pflügler

Meine Großmutter väterlicherseits war das erste von 17 Kindern, durfte den elterlichen Hof aber nicht übernehmen, da sie ein Mädchen war. Als „Mitterdirn“ verdingte sie sich auf Höfen im Landkreis Fürstfeldbruck. Nach ihrer Heirat wurden meine Großeltern Landarbeiter auf dem Gut Freiham bei München, wo heute die neue Trabantenstadt entsteht. Drei Kinder wurden geboren, betreut jeweils von einem jüngeren weiblichen Geschwisterteil meiner Großmutter in der Einzimmerwohnung in Freiham, mit Klo auf dem

Gang. Die Eltern mussten unter der Woche von Montag bis Samstag von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang arbeiten. Das Leben war hart und entbehrungsreich. Damals. Heute: So ist das Leben in der Landwirtschaft schon lange nicht mehr. Einfacher ist es deshalb nicht geworden. Vieles muss beachtet werden, um z.B. dem Tierschutz und dem ökologischen und ökonomischen Landbau gerecht zu werden. Werte, die wir nicht hoch genug schätzen können. Aber wer von uns Verbrauchern beschwert sich laut, wenn zum

Beispiel die großen Lebensmittelketten den Preis für die landwirtschaftliche Produkte diktieren dürfen?

Zur Unterstützung gäbe es einflussreiche Bauernverbände. Auch sind viele Landwirte*innen in der Politik, im Landtag und im Bundestag vertreten, sogar überrepräsentiert im Vergleich zu anderen Berufsgruppen. Da wäre doch in den vergangenen Jahrzehnten vieles gestaltbar gewesen, Doch das wurde leider weitgehend versäumt.

Die „Butter- und Fleischberge“, die „Milchseen“ und der Überschuss an produziertem Obst und Gemüse sind kein Verschulden der einzelnen Bauern und Bäuerinnen. Sie hatten in der Vergangenheit keine Wahl und mussten immer mehr Rinder, Schweine, Hühner produzieren, damit sich ihr Betrieb überhaupt noch rechnete.

Vom Ende der 70er Jahre bis in die ersten Jahre nach dem Jahr 2000 hatte die Bauernschaft ihren schwersten Stand und demonstrierte für ihre Rechte. Doch ist die Erinnerung an diese Demos schnell wieder aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden. Ich hätte mir schon damals große Bauerndemos vor den Zentralen der großen Lebensmittelkonzerne und der Dünger- und Pflanzenschutzfirmen gewünscht, deren Diktat die Bauernschaft meistens unterlegen war und ist. Leider gab es diese Proteste kaum.

In Bayern buhlen gerade jetzt Wirtschaftsminister Aiwanger und die Landwirtschaftsministerin Kaniber verstärkt um die Gunst der Bäuerinnen und Bauern. Da viele von ihnen

sowieso die CSU oder die Freien Wähler wählen, solidarisieren sie sich gern und zahlreich mit den Ministern und tragen dazu bei, dass die Demos kraftvoller und wirksamer werden als in der Vergangenheit. Man muss auch keine Rücksicht mehr auf große Lebensmittelketten nehmen, weil die Bauernverbände mit denen sowieso verbunden sind. Und schließlich hackt keine Krähe der anderen ein Auge aus. So einfach ist das. Hoffentlich bleiben da nicht einzelne Landwirte und Landwirtinnen auf der Strecke.

Die gute Nachricht: Wir Verbraucherinnen und Verbraucher können uns seit langem beim Einkaufen entscheiden, welchen Preis wir den Bauern gönnen, indem wir regional, auf unseren Wochenmärkten, Hoffläden und überall da einkaufen, wo wir wissen, dass regionale, landwirtschaftliche Produkte verkauft werden.

Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED

Eine Erfolgsgeschichte

von Martin Dameris



Eine der neuen Lampen im Winterkleid. Die SPD hat sich seit Jahren für LED-Lampen eingesetzt.

Foto: Ute Dorschner

Im letzten halben Jahr hat die Gemeinde die gesamte Straßenbeleuchtung auf LED umgestellt. Herr Spengler (Finanzchef der Gemeinde) hatte Anfang 2023 entsprechende staatliche Zuschüsse beantragt, die Mitte 2023 bewilligt wurden, allerdings mit der Auflage, die Maßnahme noch 2023 umzusetzen. Das war eine Herausforderung!

Der Gemeinderat bewilligte nach kurzer Beratung die notwendigen Gelder. Die Gesamtkosten für die Umstellung belaufen sich auf etwa 400.000 €. Davon übernimmt der Staat 220.000 €, so dass die Gemeinde „nur“ 180.000 € zahlen muss. Damit wird zukünftig deutlich weniger Strom für die Straßenbeleuchtung benötigt, was die Energiewende in Seefeld maßgeblich unterstützt. Vielen Dank an den Bauhof, der die Umsetzung pünktlich abgewickelt hat.

Viel zu früh gestorben

Eva-Isabel Leitner

von Ute Dorschner

Anfang Dezember 2023 verstarb die langjährige Leiterin des gemeindlichen Kinderhauses „Zwergen- und Feenland“ am Riedfeld. Sie hat das Konzept des Kinderhauses mit entwickelt und geprägt. Mit ihrem Engagement hat sie dafür gesorgt, dass sich sehr viele Kinder im Kinderhaus wohlfühlt haben, und sich dort ganz nach ihren individuellen Möglichkeiten entdecken und entwickeln konnten und können. Das Mitgefühl des SPD-Ortsvereins gilt der Familie, den Freunden und den Kolleginnen von Frau Leitner.



Das Kinderhaus am Riedfeld, Foto: Angela Pflügler

Der Ortsverein Seefeld

der

SPD

lädt alle Bürgerinnen und Bürger zum Neujahrsempfang ein.

mit

MdB Carmen Wegge

und

MdL Christiane Feichtmeier

So. 18.02.2024 um 10 Uhr

**Ristorante Da Franco (ehemals „Alter Wirt“)
in 82229 Hechendorf, Alte Hauptstraße 49**

Für Brotzeit und Getränke ist gesorgt.

Jazz & Lyrik

**Erquickend und labend, am Samstagabend.
kein Hasch, aber mit Gulasch,
und einigem Freibier.**

Sa. 17. Februar 2024

20 Uhr

im

Bürgerstadt/Hechendorf

Es spielen:

Die Real Book Heroes

Es lesen:

Stefan Merkle und Sebastian Schmidinger

Unkostenbeitrag

einschließlich Speisen 12.- €

Info und Reservierung:

Veranstalter: Räsonanz-Seefeld e.V

<https://www.raesonanz-seefeld.de>

... und im Sudhaus

von

Schloss Seefeld

**gibt's am Freitagnachmittag
ohne Würschtl-Zuschlag**

ein Kochkurs-Stück für Kinder

Frau Salzig und Frau Süß

Fr. 02.02. 2024 um 16 Uhr

**und/oder am Abend Musik vom Klavier
ganz ohne Bier!**

Franz Schubert

mit Aglaya Zinschenko

Samstag, 24.02. 2024 um 19 Uhr

**Kultur im Schloss Seefeld freut sich
auf Dich und/oder Sie!**

<https://www.kultur-schloss-seefeld.de>

Impressum

• SPD- Ortsverein Seefeld • Internet: www.spd-seefeld-oberbayern.de

• v.i.S.d.P. Willi Deml
Andechser Str. 1
82229 Seefeld
E-Mail:
willi.deml@t-online.de

• Druck:
Presse-Druck Augsburg;
Presse-Druck- und Verlags-GmbH
Curt-Frenzel-Str. 2
86167 Augsburg

• Layout:
Ute Dorschner



Hat Ihnen diese Ausgabe gefallen? Oder lesen Sie unsere Artikel lieber im Internet? Wir freuen uns sehr über Ihre Rückmeldungen. Die Zeitung wird vom SPD-Ortsverein sowie von engagierten Bürgerinnen und Bürgern unserer Gemeinde geschrieben, ausgetragen und finanziert. Ist Ihnen das eine Spende wert?

VR Bank Starnberg
IBAN: DE82 7009 3200 0007 8240 50
BIC: GENODEF1STH

Seefeld

SPD